

ABHANDLUNGEN UND FORSCHUNGSBERICHTE

1918 Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates

von Jerzy Holzer

Entsprechend den Prämissen unserer Konferenz möchte ich die polnisch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der Probleme des damaligen Polens untersuchen. Ich berücksichtige demnach in erster Linie die Situation Polens und die von den Politikern (und in gewissem Maße auch von einer breiteren Bevölkerungsschicht) getragenen Auffassungen von den polnischen Interessen. Ich hoffe, daß das deutsche Gegenreferat ähnlich aufgebaut ist, so daß wir dadurch zu einem Gesamtbild gelangen.

Das Jahr 1918 schien tatsächlich zu einem Wendepunkt in der Geschichte Polens und Deutschlands und damit zugleich in den polnisch-deutschen Beziehungen werden zu wollen. Immerhin hatte sich ja die Stellung beider Länder in Europa grundlegend verändert. Polen, das über mehr als ein Jahrhundert lediglich ein geographischer oder historischer Begriff gewesen war, wurde nunmehr zu einem unabhängigen Staat und zum Völkerrechtssubjekt. Jenes Werden läßt sich selbstredend als Prozeß verstehen, und man könnte hier seine einzelnen Etappen nennen, die von den ersten, vagen, verschiedenen internationalen Deklarationen oder sogar praktischen Schritten seit 1914 dazu geführt hatten, daß Polen zunächst einige staatliche Kompetenzen eingeräumt wurden, wengleich stets in einem unbestimmten und eher verkleinerten Raum, der sich von den geographischen oder historischen Begriffen unterschied.

Mit seiner militärischen Niederlage hatte Deutschland nicht allein seine Großmachtstellung und seine beinahe ein halbes Jahrhundert gehegten Aspirationen auf eine Vormachtstellung in Europa, sondern sogar seine vollständige Souveränität eingebüßt. Als es der Formel „Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden“ zustimmte, verzichtete es ja zumindest verbal auf die Grundlagen seiner Souveränität und unterwarf sich damit tatsächlich den Siegermächten. Da Polen wiederum als Alliiertes anerkannt worden war, sollte ihm auch ein winziger Bruchteil jener Kollektivdominanz über Deutschland zufallen.

Eine derartige Sicht allerdings verriete weitgehende Naivität. Polen war zwar als unabhängiger Staat wiedererstanden. Ihm fehlten aber unzweideutig festgeschriebene Grenzen, es stritt sich außerdem nicht allein mit Deutschland, sondern so gut wie mit allen seinen übrigen Nachbarn. Polens Stellung in der europäischen Politik war schwach. Und selbst als es zum Völkerrechtssubjekt geworden war, blieb es doch meistens lediglich ein Objekt der internationalen „Realpolitik“. Umgekehrt lag der Fall bei Deutschland. Freilich hatte es seine Souveränität mit der Kapitulation in Frage gestellt, wurde auch im Innern von Revolution und Konterrevolution, von Verfallserscheinungen und schließlich extremistischen Bestrebungen gebeutelt und erschüttert, doch sein Potential blieb weiterhin ein gewaltiges. Demnach war es zwar eine zusammengebrochene Großmacht, hörte aber für ganz Europa — darunter auch die Siegermächte der Koalition — nicht auf, ein Grundpfeiler der internationalen Ordnung zu sein.

In der Tat lassen sich Polen und Deutschland nur im Kontext des Zusammenbruchs der europäischen Gesamtordnung betrachten, jener Ordnung, deren Elemente teils noch auf die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815, teils hingegen, und zwar gerade sofern sie Deutschland betrafen, auf die Versailler Entscheidungen von 1871 zurückgingen. Beim Zusammenbruch der europäischen Ordnung wurden von Anfang an irreversible und lediglich vorübergehende Veränderungen unterschieden. Zu ersteren gehörte das Verschwinden des Habsburger Reiches und damit die Entstehung einer instabilen Zone im südlichen und mittleren Osteuropa. Zu letzteren dürfen wir den Zusammenbruch der deutschen und russischen Großmachtstellung rechnen. Zwar dehnte sich damit jene instabile Zone neuer Staaten auf bestimmte Territorien der beiden geschwächten Imperien aus, doch weder in London oder Paris noch in Warschau oder Prag hätte man sich dazu hinreißen lassen anzunehmen, daß damit schon die Großmachtgeschichte Deutschlands und Rußlands ihr Ende gefunden hätte.

Auch eben dies war mitbestimmend für die internationale Stellung Deutschlands und Polens. Das einzige, was man hätte tun können, wäre eine Verlängerung oder Verkürzung des Zeitraumes gewesen, da Deutschland am Boden lag. Übrigens betrifft das ganz genauso Rußland. Bei allem kam es darauf an, was für eine europäische Ordnung man aufbauen und welche Rolle man dabei Deutschland zuweisen wollte. Frankreich gedachte sich die unverrückbare Hegemoniestellung als europäische Kontinentalmacht zu sichern, war demnach daran interessiert, die Zeit der Schwäche seines deutschen Hauptgegenspielers maximal in die Länge zu ziehen. Angesichts dessen hätte man es in Paris freilich gern gesehen, daß Rußland erneut zur Großmacht aufstiege. Diese Träume allerdings muß-

ten aufgegeben werden. Ein weißes Rußland ließ sich nicht wiederherstellen. Das bolschewistische hingegen bildete wiederum eine Gefahr für die gesamte soziale, ökonomische und geistige Ordnung Europas. Es konnte auch niemandem entgehen, daß der russische Revolutionsexpansionismus der deutschen Nachkriegsfrustration und Deutschlands Revanchegehlüsten stärker ähnelte als den französischen Träumen, den eigenen Erfolg zu zementieren. Ein als Großmacht wiedererstehendes Deutschland konnte Frankreich beim besten Willen nicht gebrauchen. Doch die Wiederherstellung eines wenigstens begrenzt starken deutschen Staates brauchte Großbritannien, bemühten sich doch die Engländer konsequent, nicht zuzulassen, daß sich irgendein Staat auf dem Kontinent zur vorherrschenden Großmacht mauserte, gleich, ob es sich dabei um Frankreich oder Deutschland handelte.

Die Einstellung der Siegermächte zu Polen leitete sich von ihrer Haltung gegenüber Deutschland ab. Frankreich suchte im Osten nach Ländern, die bereit gewesen wären, außenpolitisch in seinem Schlepptau zu agieren. Eine vollends befriedigende Lösung fand es hier allerdings nicht. Polen war zwar dazu geneigt, die französische Politik des Drucks auf Deutschland mitzutragen, zog aber andererseits Frankreich mit in seine eigenen Konflikte und anschließend in die sowjetische Bedrohung hinein. Die Kleine Entente war aus Furcht vor Ungarn zusammengezimmert worden. Von deren Mitgliedsstaaten grenzte lediglich noch die Tschechoslowakei an Deutschland und fühlte sich zu diesem Zeitpunkt keineswegs sonderlich von ihm bedroht. Zu allem Überfluß waren Polen und die Tschechoslowakei auch untereinander noch zerstritten, wengleich beide Länder gleichermaßen um eine Zusammenarbeit mit Frankreich buhlten.

Trotz des später auch formal besiegelten Bündnisses waren die polnisch-französischen Beziehungen niemals von den aus ganz unterschiedlichen Interessen resultierenden Widersprüchen frei. Vor allem aber konnte Frankreich Polen nur wenig bei all dem helfen, was man in Warschau als besonders gefährlich betrachtete, nämlich dabei, die wirtschaftliche Überlegenheit der Deutschen und damit deren Druckpotential auszugleichen. Andererseits raubten die deutsche Frage und die Konkurrenz zwischen England und Frankreich Polen die Chance, britische Unterstützung zu gewinnen. Wenn auch polnische Politiker 1918 durchaus von einer Annäherung an Großbritannien oder dessen Schutzmachtrolle träumten, ließ sich dieses Kalkül dennoch nicht verwirklichen. Wollten die Engländer doch, daß Deutschland nicht vollends am Boden liege, und das wiederum erforderte, seine territorialen Einbußen zugunsten des entstehenden Polens in vertretbaren Grenzen zu halten.

Freilich gab es auch übereinstimmende Punkte in der französischen und britischen Politik. Beide Staaten bemühten sich um eine Neuordnung Europas. Die Siegermächte wollten und mußten in ihrem Interesse dem Vormarsch der bolschewistischen Revolution einen Riegel vorschieben. Und trotz aller Interessenunterschiede hinsichtlich der Zukunft Deutschlands waren sie sich einig in der Einschätzung, daß es sich bei ihm um das am stärksten von einer Revolution bedrohte Land Europas handelte. Sogar Frankreich mußte das in sein Kalkül einbeziehen und seine Bestrebungen zur Schwächung des besiegten Gegners mäßigen.

Naturgemäß sah Polens Politik „lokaler“ oder „provinzieller“ aus. Selbstverständlich wäre Polen eine Revolution in Deutschland alles andere als lieb gewesen, dennoch fürchtete es sich in erster Linie vor der mit Bajonetten aus dem Osten eingeschleppten Revolution im eigenen Land. Um dieser Gefahr Herr zu werden, mußte es die Sicherheit der anderen Grenzen gewinnen, auch jener im Westen. Polen mußte die deutsche Frage in Kategorien direkter Augenblicksgefahren sehen. Deshalb war es an Deutschlands Schwäche interessiert.

Hier nun wollen wir unmittelbar zu den bilateralen polnisch-deutschen Beziehungen übergehen. Das Jahr 1918 eröffnete eine mehrere Jahre anhaltende Zeitspanne von nur teilweise politischen, vielmehr in hohem Maße auch militärischen Auseinandersetzungen um den Verlauf der Grenze zwischen beiden Ländern. Politisch hatte man miteinander zunächst auf der Pariser Friedenskonferenz, später bei den Plebisziten in Ostpreußen und Oberschlesien gerungen. Mit der Waffe in der Hand wurde beim Posener Aufstand und den drei Schlesischen Aufständen, von denen der dritte für längere Zeit beinahe ganz Oberschlesien erfaßte, gekämpft. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Polen seit Jahrhunderten nicht mehr bewaffnet gegen Deutsche gekämpft hatten, abgesehen von Episoden, die über bilaterale Konflikte hinausgegangen waren, etwa die Auseinandersetzungen mit Preußen am Ausgang der Polnischen Adelsrepublik, während der Napoleonischen Kriege oder im Völkerfrühling. Die damalige Nachkriegsrealität allerdings schien Roman Dmowskis theoretische Erörterungen von der erstrangigen Bedeutung des polnisch-deutschen Gegensatzes zu bestätigen. Der dazu parallel verlaufende polnisch-russische Gegensatz ließ sich weniger eindeutig in nationalen Kategorien auffassen.

Die bewaffneten polnisch-deutschen Kämpfe sind zwar für Polen nicht die einzige Front gewesen, sie waren es, einmal abgesehen von Auseinandersetzungen im Innern, aber für Deutschland. Dort, wo Deutschland ansonsten noch territoriale Einbußen hinnehmen mußte, also im Elsaß oder den schmalen, an Belgien und Dänemark abgetretenen Landstrichen,

sollte es zu keinerlei Blutvergießen kommen. In Polen war man sich genau der besonderen Tragweite bewußt, die der deutsche Revisionismus einer östlichen Grenzverschiebung beimaß. Andererseits meinte Polen, die ehemaligen preußischen Teilungsgebiete seien ihm schlechterdings unentbehrlich, um die eigene Unabhängigkeit zu gewährleisten. Sogar eventuelle Korrekturen mußten strategisch überaus wichtige Landstriche betreffen, nämlich das für Polens Wirtschaft so maßgebliche Oberschlesien oder seinen einzigen Seezugang zur Welt, also Pommerellen mit der dazugehörigen Küstenregion.

Demnach mußte das eventuelle Wiedererstehen einer Großmacht Deutschland jedem polnischen Politiker schier den Schlaf rauben. Die Grenzrevision gegenüber Polen spielte in den Bestrebungen zur Wiederherstellung der Großmachtstellung des Reiches eine Rolle von weitaus größerer Tragweite, als ihr eigentlich zukam. Trotz der französisch-britischen Konkurrenz lag die Unantastbarkeit der Westgrenze auf der Hand. Ja, nach der militärischen Niederlage durfte man sich überhaupt Expansionsgelüste in dieser Richtung ein für alle Male aus dem Kopf schlagen. Damit aber wurde die Ostexpansion, und zwar natürlich auf Kosten Polens, buchstäblich zum Symbol hochstilisiert. Wenn wir einmal absehen von dem Vorsatz, das winzige, internationalisierte und erst später Litauen einverleibte Memelgebiet zurückzugewinnen, konnte lediglich die Herausgabe der Polen angeschlossenen Gebiete ans Reich in den Kategorien eines Territorialzuwachses von einem Trendumschwung zeugen — vom Zusammenbruch des Imperiums hin zu erneuter Machtentfaltung und Größe. Territoriale Kategorien aber beherrschten damals das politische Denken der Deutschen, sowohl bei den politischen Eliten als auch bei den Millionen einfacher Bürger.

Ebensowenig dürfen wir auch die Befürchtungen unterschätzen, die die polnischen Politiker hinsichtlich der Gefahr einer deutsch-russischen Verständigung hegten. Wenn die Westmächte unmittelbar nach der deutschen Niederlage 1918 sie eher in einer revolutionären Gemeinsamkeit Moskaus mit Berlin erblickten und erst in weiterer Zukunft den „Geist von Rapallo“ in der Außenpolitik oder in der von Seeckt verwirklichten Linie der Heeresleitung zu fürchten begannen, so wurden in Polen von vornherein übereinstimmende Gefahren aus dem Westen und dem Osten gesehen, selbst wenn sie nicht aufeinander abgestimmt waren. In den entscheidenden Augenblicken des polnisch-sowjetischen Krieges 1920 wurde Deutschlands Bereitschaft zur Mitwirkung an einer erneuten Teilung Polens diskret, doch vernehmlich angedeutet.

Natürlich wäre dabei zu bedenken, ob sich die deutschen Politiker und Militärs tatsächlich über die Aussicht gefreut hätten, daß die Rote Armee

bis an die deutsche Grenze gelangte, selbst wenn jene um 100 oder 200 Kilometer weiter nach Osten verschoben worden wäre. Allerdings hat es ganz den Anschein, als ob sie Polen vielmehr als einen „Saisonstaat“ betrachteten, der so oder so mit der Wiederherstellung der Großmachtstellung Deutschlands und Rußlands zum Untergang verurteilt war. Wenn demnach Polen einem sowjetischen Überfall zum Opfer fiel, wäre es wohl vernünftiger gewesen, sich in die ganze Aktion einzuschalten und von ihr zu profitieren. In Warschau hatte man die Lehre von 1920 nicht vergessen, und die Angst vor dem „Geist von Rapallo“ existierte bereits vor diesem Geist, nahm praktisch die Annäherungsversuche zwischen Moskau und Berlin vorweg.

Ganz bestimmt fürchtete man in Warschau auch eine deutsche Revolution. Ihr eventueller Erfolg hätte eine noch größere Gefahr heraufbeschworen. Andererseits wurden Deutschlands Instabilität im Innern, seine innenpolitischen Verfassungsprobleme eher freudig begrüßt. Je länger dieser Zustand anhielt, je schwächer Deutschland war, desto weiter rückte auch die Gefahr des wiedererstehenden Großmachtreiches in die Ferne. Andererseits durfte Polen als innenpolitisch relativ stabilisiertes Land und nach außen nicht nur als Teil des „cordon sanitaire“ gegen Rußland, sondern gar als „barrière sanitaire“ zwischen Rußland und Deutschland auftreten. Trotz aller englischen Bestrebungen, Deutschland gegen eine allzu große Schwächung abzuschirmen, galt also: solange Deutschland in seinen Grundfesten erschüttert war, solange hatte der „Geist von Locarno“ keine Daseinsberechtigung und damit auch nicht die Angst, Polen könnte vollkommen an den Rand der europäischen Ordnung gedrängt werden.

Die Art, wie man in Polen an die polnisch-deutschen Probleme heranging, hing auch von der mehr oder minder deutlich in ideologische Prinzipien eingebetteten politischen Gesamtsicht ab. Besonders deutlich wurde das bei den Nationaldemokraten, die nach 1918 zwar nachhaltig das polnische Denken beeinflussten, doch nicht imstande waren, ans Regierungsruder zu kommen. Nationalistische Beweggründe waren es, die die Nationaldemokraten dazu veranlaßten, im Westen solche Grenzen zu erkämpfen, die das gesamte ethnisch-polnische Element umfaßten.

Ihrer Auffassung nach ließ sich, je mehr ethnisch polnisches Element man im Westen einbringen konnte, bei der Grenzziehung im Osten desto weiter gehen, also in jenem Raum, in den die polnische Kultur ausgestrahlt hatte und wo Polen sozial und ökonomisch überlegen war. Darin steckte zweifellos eine ideologisch determinierte Überschätzung dessen, wieviel der ethnische Faktor für die Errichtung eines starken Staates zu leisten vermag. Sollte sich doch sehr schnell herausstellen, daß ein beträchtlicher Teil der Schlesier, obgleich wasserpölnisch sprechend, unter dem Ein-

druck der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten anfang, wankelmütig zu werden und langsam an der noch während der Aufstände und beim schlesischen Plebiszit an den Tag gelegten Option für Polen zu zweifeln. Wir können nur erahnen, was für eine Belastung die Masuren geworden wären, hätte man sie ohne Plebiszit einfach Polen einverleibt, wenn gleich sie in ethnischer Hinsicht vorzüglich in die Vorstellungen der Nationaldemokraten paßten.

Aus der Sicht der Piłsudski nahestehenden Politiker wurde über Polens Schicksal im Osten und nicht im Westen entschieden. Konnte Polen doch einzig und allein als übernationaler, am besten föderativer Staat die Kraft gewinnen, um sich künftig gegen das unvermeidliche Wiedererstehen der Großmachtstellung Deutschlands und Rußlands abzusichern. Die von den Nationaldemokraten vorgetragenen und nach einem Vierteljahrhundert von den Kommunisten übernommenen Vorwürfe, die Piłsudski-Anhänger hätten auf Polens Westgebiete verzichtet, stimmen natürlich nicht. Waren es doch gerade Piłsudski-Anhänger, die den Anstoß für die Erhebungen in Großpolen oder Oberschlesien gaben, weil sie weniger als die Nationaldemokraten an diplomatische Lösungen, weit stärker an vollendete Tatsachen glaubten. Allerdings stimmt es schon, daß ihr stärkeres Augenmerk dem Osten galt. Dort schlummerten die größten Hoffnungen. Dorthin gelenkt wurden die Hauptkräfte des winzigen militärischen Potentials des neuen Staates.

Gemeinsam hingegen hegten Piłsudski-Lager und Nationaldemokratie die Überzeugung, daß Polen bei einem frontalen, bewaffneten Zusammenstoß mit Deutschland keinerlei Erfolgchancen hätte. Der ganze Unterschied bestand darin, daß die Nationaldemokraten die beschränkten bewaffneten Aktionen der Polen diplomatisch unterstützen wollten, während die Piłsudski-Anhänger zwar gleichfalls diese Aktionen zu begrenzen gedachten — denn niemals wurde dabei ja reguläres polnisches Militär eingesetzt —, die diplomatische Initiative aber ganz ihren nationaldemokratischen Konkurrenten überließen. In der internationalen Öffentlichkeit brachte ihnen das mitunter den Ruf ein, politisch stärker einer Verständigung mit Deutschland zuzuneigen, wengleich sich die Piłsudski-Anhänger diesbezüglich wohl kaum irgendwelchen Illusionen hingegeben haben dürften, da zur Verständigung mit Deutschland doch die Bereitschaft Berlins fehlte.

Wie dem auch sei, die Frage der polnisch-deutschen Grenze, also zunächst ihre Festlegung oder Erkämpfung, anschließend hingegen ihre Sicherung und Verteidigung gegen den deutschen Revisionismus, spielte die allerwichtigste Rolle in den Beziehungen Polens zu Deutschland. Dabei sollten wir zwei, von der Zeit und der gesamteuropäischen Situa-

tion bestimmte Haltungen unterscheiden. Als nach 1918 die mit Blutzoll bezahlte polnisch-deutsche Grenze am Konferenztisch ausgehandelt worden war, spielte jeder Handbreit Boden, der zu Polen gekommen war, für den neuen Staat zwar eine wichtige, nicht aber die ausschlaggebende Rolle. Zäh war um den Grenzverlauf gerungen worden, obwohl man sich keinerlei Illusionen hingab, alles erringen zu können, was Polen gern gehabt hätte. Anders nahm sich die Lage nach der Grenzfestlegung aus. Irgendwelche Zugeständnisse kamen dann nicht mehr in Frage. Hätte jedes Klein-Begeben doch einen gefährlichen Präzedenzfall für die Zugehörigkeit aller einstigen preußischen Provinzen zu Polen geschaffen, und das wäre für die staatliche Unabhängigkeit selbst gefährlich geworden.

Das zweitwichtigste Problem in den polnisch-deutschen Beziehungen bildete die Minderheitenfrage. Für Polen besaß die Gegenwart einer deutschen Minderheit eine unvergleichlich größere Tragweite als das Vorhandensein einer polnischen Minderheit für Deutschland. Obwohl beide Minderheiten in ihrer Größenordnung in etwa miteinander vergleichbar waren, so verriet die deutsche eine wachsende Tendenz, während die polnische schrumpfte. Beträchtlich beeinflusst wurde dieser Trend von dem indifferenten Nationalbewußtsein der Einwohnerschaft in den Grenzräumen, insbesondere in Oberschlesien und in Masuren. Ganz allgemein allerdings läßt sich sagen, daß die Niederlage Deutschlands und die Entstehung eines unabhängigen Polens bei der national indifferenten Bevölkerung nur kurzzeitig zu verstärkten Sympathien für Polen führten. Die folgenden Jahre bescherten keinem der beiden Länder politische oder ökonomische Erfolge, doch trennte sie ein ganz deutlich sichtbares Wohlstandsgefälle, das einstmals mitten durch Polen, zwischen der preußischen Provinz einerseits und der russischen und österreichischen andererseits, verlaufen war. Auch der durch Deutschlands Niederlage entstandene psychologische Schock sollte vorübergehen. Die Sympathie für Deutschland nahm zu. Die Zahl der Bejager Polens ging zurück.

Die Bedeutung der deutschen Minderheit in Polen resultierte nicht allein aus ihrer Anzahl, sondern ebenso aus dem Grad ihrer Organisiertheit, ihrer Offensivität, ihrem Wohlstand und ihrer relativ weit oben angesiedelten Stellung innerhalb der sozialen Stufenleiter. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die meisten Deutschen, die nach der Gründung des unabhängigen Staates in Polen ansässig waren, zuvor die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches besessen und in der Provinz Posen, in Pommerellen oder Oberschlesien zum Herrenvolk gehört hatten. Dieselbe Stellung hatten die Deutschen auch in dem zu Österreich gehörenden Teschener Schlesien innegehabt. Zur nationalen Minderheit degradiert zu werden, mußte einfach schmerzhaft für sie sein. Um so schwieriger war es,

sich damit abzufinden, denn sowohl Deutschland als auch Polen verstanden sich ja als Nationalstaaten, selbst wenn verfassungsmäßig sämtlichen Bürgern ungeachtet ihrer Nationalität die gleichen Rechte eingeräumt wurden. Ja mehr noch: Die zahlreichen deutschen Siedlungszentren in der russischen und österreichischen Provinz (oder besser in deren Hauptteil, in Galizien), die sich zuvor mit ihrem Minderheitenstatus abgefunden hatten, kamen jetzt unter den Einfluß ihrer besser organisierten und auch weitaus kampflustigeren Landsleute aus der preußischen Provinz. Das Klima, in dem auf polnischem Boden Polen und Deutsche zusammenlebten, verschlechterte sich gegenüber früher ganz deutlich, wenngleich es in der preußischen Provinz auch vorher als Folge der Germanisierungspolitik und einer Bevorzugung der dort lebenden Deutschen in den verschiedensten Formen schon nicht gerade das beste gewesen war.

Die seit 1918 an den Tag gelegten Bestrebungen Berlins, polenfeindliche Machenschaften von Polens Nachbarn oder ethnischer Minderheiten in Polen zu unterstützen, hingen nur zu einem Teil mit der Frage der deutschen Minderheit zusammen. Zum anderen betraf es Litauer, Weißrussen, Juden und vor allem die Ukrainer. Bei den in Polen ansässigen nationalen Minderheiten spielte die deutsche Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade eine Vermittlerrolle für Berlin. Es zeigten sich deutliche Bestrebungen zur Blockbildung sämtlicher Minderheiten und zur Schaffung einer extrem oppositionellen Front, die zentrifugal agierte.

Schließlich existierte noch weiterer Konfliktstoff. Polen befürchtete eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland und die Vormachtstellung der Deutschen in der Wirtschaft des jungen, neuen Staates. Natürlich waren jene Befürchtungen, ins deutsche Schlepptau zu geraten, nicht aus der Luft gegriffen. Bis 1918 hatte schließlich das gesamte preußische Teilungsgebiet einen Bestandteil des deutschen Wirtschaftsorganismus gebildet. Doch damit nicht genug. Deutschland war nun einmal der tonangebende Außenwirtschaftspartner auch für die beiden anderen Teilungsgebiete. Mit dem, was sich am Ende des Ersten Weltkrieges ereignet hatte, wurden auch die Verbindungen Galiziens zu den Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie abgeschnitten. Die Beziehungen Kongreßpolens zu Rußland hingegen wurden nach dem Sieg der Bolschewiki beinahe vollkommen abgeblockt. So paradox es auch anmuten mag, aber Deutschlands Rolle für Polens Wirtschaft sollte nach dem Zwischenspiel von deutscher Revolution und Konterrevolution doch recht beträchtlich zunehmen. Die polnischen Politiker fürchteten diesen Tatbestand, sahen sich auch intensiv nach Kontakten zu anderen Ländern um, doch erst der von Deutschland in großem Stil entfesselte Zollkrieg, der 1925 zur Schwächung der polnischen Wirtschaft begonnen wurde, führte — übrigens

wiederum auf paradoxe Weise, weil entgegen den Absichten seiner Initiatoren — zu einer weitgehenden Loslösung Polens von seinem westlichen Nachbarn.

Einfacher schien es zu sein, den deutschen Wirtschaftseinfluß innerhalb Polens zu drosseln, wo die Deutschen — obwohl vor 1918 nicht immer Reichsangehörige — eine starke Position als Vertreter des Kapitals und des Großgrundbesitzes innehatten. In Warschau hoffte man, Deutschlands Stellung zu schwächen und das deutsche Kapital von französischem verdrängen zu lassen. In gewissem Maße verwirklichten sich diese Hoffnungen, u.a. in Oberschlesien, doch grundlegend sollte sich kaum etwas ändern. Die Bodenreform wiederum sollte in der ehemals preußischen Provinz vor allem zur Schwächung des deutschen Junkertums genutzt werden. Auch hier gingen die Pläne teilweise, wenngleich nur schleppend und oftmals mit starken Konflikten und juristisch recht anfechtbar in Erfüllung (denn der sogenannte Kleine Versailler Vertrag schützte ja nationale Minderheiten vor Diskriminierung, die Speerspitze der Agrarreform in den Westgebieten zielte aber eindeutig auf die Bekämpfung des Deutschtums).

Wenn wir uns das Gesamtbild der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nach 1918 betrachten, so läßt sich diese Jahreszahl nur teilweise als Wendepunkt akzeptieren. Zuvor waren die Deutschen an der Aufrechterhaltung des formalen Status quo und zugleich einer ethnischen Expansion innerhalb ihrer Grenzen interessiert gewesen. Die Polen bemühten sich, dieser ethnischen Expansion die Stirn zu bieten, wollten hingegen auf lange Sicht die deutsche Herrschaft in der preußischen Provinz erschüttern. Jetzt war den Polen an der Aufrechterhaltung des formalen „Versailler“ Status quo und zugleich an der ethnischen Expansion innerhalb ihrer Grenzen gelegen. Diese Expansion hatte allerdings bei weitem nicht das Ausmaß, das zuvor die deutsche besessen hatte, denn eine Polonisierung war so gut wie aussichtslos. Vielmehr ging es um eine Verstärkung des ethnisch polnischen Elements in Wirtschaft und Gesellschaft.

Unverändert hingegen blieb die Konfliktrichtigkeit der polnisch-deutschen Beziehungen, ja, diese Konflikte verdichteten sich zusehends. Da einerseits massenhaft Konfliktstoff vorlag und sich andererseits beide Länder strikt als Nationalstaaten verstanden, verhieß das auf lange Sicht Erfolgchancen für Deutschland. Und das in jeder Hinsicht: der Einwohnerzahl, des Territoriums, des Wirtschaftsniveaus, der Entwicklung von Volksbildung, Wissenschaft und Kultur, der Disziplin seiner Bürger und schließlich, resultierend aus allen diesen Faktoren, der militärischen Stärke, bei der Deutschland Polen haushoch überlegen war. Die deutsche

Bedrohung blieb für Polen nach wie vor ein aktuelles Problem. Unter diesem Aspekt bildete 1918 wahrhaftig keinen Wendepunkt, selbst wenn sich Polens Stellung vorübergehend etwas verbessert hatte.

Literatur

- Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939* (Konzeptionen der Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen in den Jahren 1921–1939). Wrocław (u.a.) 1979 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku. 3.).
- Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker. Braunschweig 1985.
- Jerzy Krasuski, *Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej* (Zwischen den Kriegen. Die auswärtige Politik der Zweiten Republik). Warszawa 1985.
- Marian Mroczo, *Polska myśl zachodnia 1918–1939* (Der polnische Westgedanke 1918–1939). *Dzieje polskiej granicy zachodniej* (Die Geschichte der polnischen Westgrenze). Bd. 6, Poznań 1986.
- Janusz Pajewski, *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918* (Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914–1918). 2. Aufl., Warszawa 1980.
- Polska – Polacy – mniejszości narodowe* (Polen, die Polen und die nationalen Minderheiten). Wrocław (u.a.) 1992 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku. 8.).
- Harry Kenneth Rosenthal, *German and Pole. National Conflict and Modern Myth*. Gainesville, Fl. 1976.
- Jerzy Tomaszewski, *Rzeczpospolita wielu narodów* (Die Republik vieler Völker). Warszawa 1985.
- Roman Wapiński, *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej* (Die Nationaldemokratie 1893–1939. Studien zur Geschichte nationalistischen Denkens). Wrocław 1980.

